

BERLIN AKTUELL

Newsletter von Sabine Dittmar, MdB



Berlin, 11. Juli 2022

Liebe Leserinnen und Leser,

im Bundestag ist seit heute Sommerpause, aber die Arbeit in den Ministerien und im Kanzleramt geht unvermindert weiter, das gilt natürlich auch für mich als Parl. Staatssekretärin. Die Wahrscheinlichkeit, dass der Bundestag in den nächsten Wochen aufgrund der Ukraine- und der Energiekrise zu Sondersitzungen zusammenkommen muss, ist zudem ziemlich hoch.



Bereits im Koalitionsvertrag haben wir uns als Ampel-Koalition ambitionierte Ziele gesetzt, damit Deutschland bis 2045 klimaneutral werden kann. Letzte Woche sind wir den nächsten Schritt gegangen und haben mit dem sog. „Osterpaket“ das bisher größte Energiepaket Deutschlands beschlossen. Damit machen wir den Weg frei, um den Ausbau der Erneuerbaren Energien zügig und rechtssicher unter Wahrung hoher ökologischer Schutzstandards zu vereinfachen und zu beschleunigen. Erneuerbare Energien erhalten künftig gesetzlichen Vorrang bei der Schutzgüterabwägung. Ausschreibungsmengen und Ausbauziele heben wir deutlich an. Bis 2035 soll Strom nahezu vollständig aus Erneuerbaren Energien stammen. Erstmals legen wir verbindliche Flächenziele für jedes Bundesland fest, damit – wie im Koalitionsvertrag vereinbart – zwei Prozent der Bundesfläche für Windenergie an Land ausgewiesen werden. Zugleich machen wir die Energiewende zum Mitmachprojekt, in dem wir den Bau von Wind- und Solarprojekten durch Bürgerenergiegesellschaften fördern und Kommunen noch stärker finanziell beteiligen.

Der Juli brachte eine Reihe an weiteren Neuerungen, mit denen wir die Bürger:innen unbürokratisch und gezielt entlasten. Der Mindestlohn ist seit dem 1. Juli auf 10,45 Euro gestiegen – ein wichtiger Schritt in Richtung 12 Euro. Auch die Renten sind deutlich gestiegen. Mit 5,35 Prozent (West) bzw. 6,12 Prozent (Ost) erlebt Deutschland den höchsten Rentenanstieg seit Jahrzehnten. In Zeiten steigender Preise ist dies besonders wichtig. Auch Bezieher:innen von Sozialhilfe, Geringverdiener:innen und Familien haben wir immer im Blick. Der Kinderbonus von 100 Euro sowie der Corona-Bonus von 200 Euro für Grundsicherung, Sozialhilfe und ALG II werden in diesem Monat überwiesen. Somit federn wir finanzielle Belastungen ab und vermeiden soziale Härten. Zudem fällt seit 1.7. die EEG-Umlage weg, dadurch wird Strom günstiger.

In dieser Ausgabe:

Bilder der Woche.....	2
Zitat der Woche.....	2
Podcast der Fraktion.....	2
Pandemie.....	3
Erneuerbare Energien.....	3
Energiesicherheit.....	4
Verteidigung.....	5

Ihre



Foto: Bundesregierung / StadtLandMensch-Fotografie

Zum zweiten Mal in diesem Jahr war eine Gruppe aus dem Wahlkreis zu Besuch in Berlin. Diesmal ging es unter anderem in die Mauergedenkstätte an der Bernauer Straße und ins Humboldtforum.



Foto: GVG/Stefan Zeitze

Die Gesellschaft für Versicherungswissenschaft und -gestaltung e. V. (GVG) feierte in dieser

Woche ihr 75. Jubiläum unter dem Motto „Soziale Sicherung 2050 – mehr Zukunft wagen?“. Als Vertreterin der Bundesregierung blickte ich in meiner Festrede auf die Herausforderungen, denen wir uns in der Gesundheitspolitik künftig stellen müssen.

Zitat der Woche

„Das erste Mal in der Geschichte Deutschlands sagt der Gesetzgeber, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien von überragendem öffentlichen Interesse ist. Das ist ein wichtiges Signal an alle Genehmigungsbehörden.“



Matthias Miersch, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion in der Debatte des Bundestags zum Ausbau erneuerbarer Energien am 7. Juli



Fotos: DOSB/Annette Riedl

Regelmäßige Bewegung ist wichtig für Körper, Seele und Geist, aber auch für unser soziales Miteinander – diese wichtige Botschaft habe ich beim Gesundheits-



und präventionspolitischen Abend des Deutschen Olympischen Sportbunds (DOSB) herausgestellt. Es war ein sehr interessanter Termin mit guten Gesprächen, aber natürlich auch mit Bewegung und der Musik von Wincent Weiss.

Bilder der Woche

Lage der Fraktion - der Podcast

Die SPD-Fraktion gibt es auch zum Hören. Die „Lage der Fraktion“ ist die sozialdemokratische Gesprächsrunde zur Bundespolitik: Was haben wir vor? Was bringen wir voran? Und wo hakt es vielleicht auch noch? In meinem Newsletter stelle ich Ihnen die jeweils neueste Folge vor.

HOHE PREISE OHNE ENDE – WIE HILFT DER STAAT?



Dagmar Schmidt, stellvertretende Fraktionsvorsitzende, will verhindern, dass sich die Mineralölkonzerne an der Krise eine goldene Nase verdienen und sicherstellen, dass auch jene, die keine dicken Polster auf der Bank haben, gut durch diese Zeit kommen. Dazu hat sie einige Vorschläge für Finanzminister Christian Lindner.

Wer Reinhören will: Zum Podcast geht es [hier](#) oder mit einem Klick aufs Bild!



Pandemie

Corona-Schutz für den Herbst

Um das Land gut auf eine mögliche Corona-Welle im Herbst vorzubereiten, haben die Ampel-Fraktionen den Entwurf eines Corona-Schutzgesetzes in den Bundestag eingebracht.

Der Gesetzentwurf sieht vor, die Ermächtigungsgrundlagen des Bundesgesundheitsministeriums für die Corona-Impf- und Test-Verordnungen bis Ende 2022 zu verlängern. Auch die Impfverordnung soll bis Ende dieses Jahres weitergelten.

Bis Ende 2023 wird es zudem möglich sein, sich in Apotheken, Zahn- und Tierarztpraxen impfen zu lassen.

Die Corona-Impfung ist das wirksamste Mittel, um die Pandemie unter Kontrolle zu bringen und Notlagen zu vermeiden. Gleichwohl ist die vulnerable Bevölkerung weiterhin gefährdet, da auch eine Impfung nicht jede schwere Erkrankung verhindern kann. Um vulnerable Gruppen besser zu schützen, erhalten die Länder daher eine Ermächtigungsgrundlage, um im Pflegebereich eigene Regelungen zu Hygiene und Infektionsschutz zu erlassen. In vollstationären Einrichtungen kann so beispielsweise eine hygienebeauftragte Pflegefachkraft bestellt werden.

Um das Pandemiegeschehen und die Auslastung der Krankenhäuser besser beurteilen zu können, sollen diese verpflichtet werden, regelmäßig die Anzahl der belegten und der freien Betten auf Normalstationen zu melden. Diese Meldungen sollen künftig technisch einfacher erfolgen.

Im parlamentarischen Verfahren wird über weitere Corona-Schutzmaßnahmen beraten. Dazu zählen etwa die Maskenpflicht oder Zugangsregeln wie 2G. Sobald über etwaige

Maßnahmen entschieden ist, wird der Gesetzentwurf entsprechend ergänzt.

Erneuerbare Energien

Wind- und Solarkraft werden massiv ausgebaut

Auf Initiative der Ampel-Fraktionen hat der Bundestag mehrere Gesetze verabschiedet, mit denen die Grundlage für eine klimaneutrale Energieversorgung in Deutschland geschaffen wird.

Die neuen Regeln sorgen dafür, dass die erneuerbaren Energien massiv ausgebaut werden können: Je schneller Windkraftanlagen an Land und in der See gebaut werden, Solaranlagen errichtet, die anderen Erneuerbaren Energien genutzt und je schneller die nötigen Stromleitungen von den neuen Kraftwerken zu den Verbraucher:innen sowie die Verteilnetze vor Ort gebaut werden, desto eher kann auf Kohle, Öl und Erdgas verzichtet werden, und desto eher kann die Industrie klimaneutral produzieren und zum globalen Vorreiter werden. Das bringt neue Investitionen, sichert Arbeitsplätze für die Zukunft und schützt unser Klima.

Die zentralen Punkte:

Erneuerbare Energien im „überragenden öffentlichen Interesse“

Es wurde gesetzlich festgelegt, dass die Erneuerbaren Energien „im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit“ dienen. Sie haben damit in der Genehmigungspraxis absoluten Vorrang. Der Ausbau der Erneuerbaren bekommt höchste Priorität.

Durch die neuen Bestimmungen zur Bürgerenergie wird den Bürger:innen die Beteiligung



an Windenergieprojekten ermöglicht. Dies fördert die Akzeptanz in der Bevölkerung und sorgt dafür, dass die Bürger:innen sowie die Kommunen auch endlich direkt, vor Ort vom Ausbau der Erneuerbaren profitieren.

Mehr Solarenergie

Solarenergie auf den Dächern soll sich lohnen: deshalb werden unter anderem die Vergütungssätze für Teileinspeisung angehoben. Zusätzlich wird viel mehr Fläche für Solarenergie bereit gestellt: die für Solarenergie nutzbaren Randstreifen an Straßen und Schienenwegen werden von 200 auf 500 Meter verbreitert. Zusätzlich werden Solaranlagen auf Parkplätzen und auf Grünland ermöglicht.

Wind an Land

Es wird gesetzlich klar geregelt, dass jedes Bundesland rund zwei Prozent seiner Flächen verpflichtend für Windkraft zur Verfügung stellen muss. Weigert sich ein Bundesland, werden seine Landes-Abstandsregeln gestrichen. Das gilt auch für Bayern, das mit seinen Abstandsregeln den Ausbau der Windkraft nahezu unmöglich gemacht hat.

Wind auf See

Die Ausbauziele für Windenergie auf See werden erhöht und der Ausbau beschleunigt.

Zügige Genehmigungsverfahren

Die Änderungen sorgen für zügige und rechtssichere Genehmigungsverfahren von Windenergieanlagen unter gleichzeitiger Wahrung hoher und insbesondere unionsrechtlich gebotener ökologischer Standards.

Entbürokratisierung

Durch die Entbürokratisierung und Standardisierung der Artenschutzbestimmungen werden Planungs- und Genehmigungsverfahren vereinfacht.

Zukünftig können auch Landschaftsschutzgebiete in die Suche nach Flächen für den Windenergieausbau einbezogen werden.

Artenhilfsprogramme

Zusätzlich wird das Bundesamt für Naturschutz damit beauftragt, nationale Artenhilfsprogramme zum dauerhaften Schutz insbesondere der durch den Ausbau der Erneuerbaren Energien betroffenen Arten aufzustellen. Die Anlagenbetreiber werden zur Finanzierung der Programme in Form einer Sonderabgabe herangezogen.

In der Sommerpause werden zwei weitere Gesetzespakete mit zusätzlichen Maßnahmen für den beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren Energien vorbereitet, die im Herbst verabschiedet werden sollen. Die SPD-Fraktion will insbesondere die Nutzung von Solaranlagen auf Mehrfamilienhäusern durch die Mieter (Mieterstrom) erleichtern und bei der Planungsbeschleunigung weiter Druck machen.

Energiesicherheit

Neue Regeln für den Umgang mit Gasknappheit

Die Ampel-Fraktionen stellen sicher, dass auf Einschränkungen bei der Gasversorgung schnell reagiert werden kann und höhere Preise die Verbraucher:innen nicht direkt treffen.

Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine hat zusätzliche energiepolitische Herausforderungen geschaffen. Es ist davon auszugehen, dass er die Drosselung der Erdgaslieferungen nutzen wird, um unsere freiheitliche demokratische Gesellschaft unter Druck zu setzen. Deshalb haben die Ampel-Fraktionen



zusätzliche Änderungen am Energiesicherungsgesetz und am Kraftwerkebereitstellungsgesetz vorgenommen.

Mit dem Ersatzkraftwerkebereithaltungsgesetz wird dafür gesorgt, dass auf Einschränkungen bei der Gasversorgung schnell reagiert werden kann. Kohle- und Ölverstromung wird bereit gestellt, um nötigenfalls Gas in der Stromerzeugung einsparen zu können. Darüber hinaus kann unter bestimmten Bedingungen der Betrieb von Gaskraftwerken eingeschränkt oder ausgesetzt werden.

Dabei hat die SPD-Fraktion in den Gesetzesverhandlungen erreicht, dass insbesondere die Kraft-Wärme-Gaskraftwerke der allgemeinen Versorgung und damit auch die Stadtwerke geschützt bleiben und nicht sanktioniert werden, damit die Wärmeversorgung sichergestellt bleibt und die Kosten nicht künstlich in die Höhe getrieben werden. Gaskraftwerke werden ausgenommen, soweit darin Wärme erzeugt wird, die nicht dauerhaft auf andere Weise erzeugt werden kann.

Mit einem Entschließungsantrag wird die Bundesregierung dazu aufgefordert, bei den aus dem Gesetz resultierenden Eingriffen in die Personalplanung der Kraftwerke dafür Sorge zu tragen, dass diese Eingriffe nicht zulasten der Arbeitnehmer:innen ausfallen, weder hinsichtlich der Regelungen bzgl. des Anpassungsgeldes, noch hinsichtlich von Lohnausfällen.

Mit dem Energiesicherungsgesetz wurde bereits die Erweiterung der Handlungsoptionen der Bundesregierung bei einer Gefährdung oder Störung der Energieversorgung gestärkt. Mit der jetzigen Änderung wird dafür gesorgt, dass die Preisanpassungen, die durch die Mangellage entstehen, solidarisch von allen getragen werden. Noch bevor Preisanstiege über eine saldierte Preisanpassung oder gar direkt an die Kunden weitergegeben werden

können, greift die Option zur Stützung von Energie-Unternehmen der kritischen Infrastruktur.

Die Ampel-Fraktionen und die Regierung werden die Entwicklung der russischen Gaslieferung genau im Blick behalten müssen. Sollte es in den nächsten Wochen zu einer deutlichen Reduzierung oder sogar kompletten Aussetzung der Lieferung kommen, werden weitere Maßnahmen zum Schutz der Bürger*innen und der Wirtschaft erforderlich werden.

Verteidigung

Ja zum NATO-Beitritt von Finnland und Schweden

Der Deutsche Bundestag hat dem Beitritt Finnlands und Schwedens zur NATO zugestimmt.

Sicherheit in Europa ist seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine nicht mehr selbstverständlich. Auch deshalb haben Finnland und Schweden im Mai 2022 den Beitritt zur NATO beantragt.

Damit beide Länder NATO-Mitglied werden können, unterzeichnet jedes NATO-Mitglied formal jeweils ein Beitrittsprotokoll für beide Länder. In Deutschland hat der Bundestag nun der Unterzeichnung der Protokolle durch die Bundesregierung zugestimmt.

Sobald alle NATO-Mitglieder dem Beitritt zugestimmt haben, kann der NATO-Generalsekretär Finnland und Schweden im Namen aller Vertragsparteien eine förmliche Beitrittseinladung übermitteln.